

Zu viele Fungizid-Teilchen im Wasser

Wo im Kanton Schaffhausen Ackerbau, Obstbau oder Rebbau betrieben wird, ist die Qualität des Wassers ungenügend: Es weist zu viel der Abbauprodukte des Fungizids Chlorothalonil auf. Die meisten betroffenen Gemeinden können das Problem nicht im Alleingang lösen.

Elena Stojkova

Seit Anfang Jahr ist der Einsatz des Fungizids Chlorothalonil verboten: Es wurde vom Bund als möglicherweise krebserregend eingestuft. Diese Einstufung gilt auch für alle Abbauprodukte des Stoffs – gegen 40 könnten es sein. Das heisst: Keines der Moleküle, in die das Chlorothalonil zerfällt, sollte den Höchstwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser überschreiten.

Erst im vergangenen Sommer bereitete eines der Abbauprodukte, eine Chlorothalonil-Sulfonsäure mit der Bezeichnung R417 888, schweizweit Sorgen. Das Trinkwasser wies eine zu hohe Konzentration dieses Abbauproduktes auf. Neue Messungen aber zeigten, dass es nicht dieses Abbauprodukt des Fungizids ist, das im Wasser in der höchsten Konzentration vorkommt: Ein anderes Abbauprodukt, das R471 811, überschreitet den Höchstwert vor allem in landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen um das Fünf- bis Zehnfache. Da das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) dieses Abbauprodukt zunächst nicht als relevant einstuft, schenkte man ihm keine grosse Beachtung.

Wasser mischen nicht zielführend

Eine so hohe Konzentration des Stoffes im Trinkwasser zu verringern, sei gar nicht so einfach, sagt Kurt Seiler, Kantonschemiker und Leiter des Interkantonalen Labors Schaffhausen (IKL). Bislang war eine mögliche Massnahme, das belastete Wasser mit einem anderen, unbelasteten Grund- oder Quellwasser zu mischen. Bei einer Überschreitung des Höchstwerts um ein Mehrfaches ist ein Mischen aber nicht mehr zielführend. Denn wird der Höchstwert beispielsweise um das Zehnfache überschritten, bräuchte es mindestens neunmal so viel unbelastetes wie belastetes Wasser, um die Konzentration des schädli-



Das Trinkwasser könne weiterhin getrunken werden, sagt Kantonschemiker Kurt Seiler.

BILD ROBERTA FELE

chen Stoffes auf unter 0,1 Mikrogramm pro Liter zu bringen.

Schweizweit sind wohl alle Regionen des Acker-, Obst- oder Rebbaus von diesen Überschreitungen des Stoffs im Wasser betroffen. «Schaffhausen reiht sich in diese Situation ein, sie ist nicht besser und nicht schlechter.» Der Klettgau und das Bibertal sind beispielsweise davon betroffen, wie erste Messungen zeigen.

Das IKL hat die Verantwortlichen der Wasserversorgungen des Kantons für eine Besprechung Mitte Februar eingeladen: Bis dann nämlich liegen detailliertere Ergeb-

«Aus der Sicht eines Chemikers ist es erstaunlich, dass ein solcher Stoff überhaupt zugelassen wurde.»

Kurt Seiler
Kantonschemiker

nisse vor, die das Interkantonale Labor für die Gemeinden durchführt. Anschliessend können die Wasserversorgungen auch ihre Abnehmer über die Situation und das weitere Vorgehen informieren. An dieser Besprechung soll diskutiert werden, welche Massnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen werden können.

Am idealsten sei es, wenn betroffene Gemeinden auf ein anderes Standbein ausweichen können, das Wasser also von einem anderen Ort beziehen können, wo es nicht kontaminiert ist. Notfalls müssten auch neue Leitungen gebaut werden, was

aber mit Investitionen verbunden sei. «Man könnte das Wasser auch aufbereiten und die Stoffe herausfiltrieren», sagt Seiler. Das sei aber teuer – und nicht erstrebenswert. «Das Grundwasser muss so beschaffen sein, dass es nicht aufbereitet werden muss.»

Letztlich brauche es eine intensive Zusammenarbeit der Gemeinden, sagt Seiler. «Die meisten Gemeinden können das Problem nicht im Alleingang lösen.»

Sofortmassnahmen brauche es nicht, da keine unmittelbare Gesundheitsgefährdung bestehe. «Aber das BLV kann nicht bestätigen, dass der Stoff im Trinkwasser langfristig keine gesundheitlichen Auswirkungen hat», sagt Seiler.

Qualitativ nicht schlechter

Das Wasser sei qualitativ nicht schlechter als vorher – lediglich die Auflagen seien strenger geworden. «Wir haben dieses Wasser seit 1974 getrunken», sagt Seiler. 1974 nämlich wurde der Stoff Chlorothalonil erlaubt. «Aus der Sicht eines Chemikers ist es erstaunlich, dass ein solcher Stoff mit dieser Struktur überhaupt zugelassen wurde.»

Das Trinkwasser könne weiterhin getrunken werden. Es gebe keinen Grund zur Panik oder Hektik. «Es ist ein qualitatives Problem, das man angehen muss.»

Der Fall Chlorothalonil dürfe sich nicht wiederholen, sagt Seiler. Man müsse nun Lehren ziehen und die Wasserversorgungen besser schützen, beispielsweise, indem man Zuflussbereiche ausscheidet. Das heisst, man legt grosszügig Bereiche um die Wasserversorgungen fest, in denen keine Pestizide eingesetzt werden dürfen – oder zumindest nur solche, die leicht abbaubar seien. «Das wäre im Sinn der Vorsorge.» Das Vertrauen ins hiesige Trinkwasser müsse wieder hergestellt werden, so Seiler. Mit zwei Zuflussbereichen sei man in Schaffhausen gut unterwegs. In Zukunft werde es aber mehr davon brauchen.

SN-Parolen Kantonale Abstimmung zur Transparenz-Initiative und städtische Abstimmung zur Aufwertung Sportanlage Schweizersbild

Übers Ziel hinausgeschossen

Die kantonale Transparenz-Initiative der Jungsozialisten schafft mehr Probleme, als sie Nutzen stiftet. Die Redaktion empfiehlt ein Nein.

Von Mark Liebenberg

Die kantonale Transparenz-Initiative der Schaffhauser Jungsozialisten fordert eine umfassende Offenlegungspflicht von Partei- und Kampagnenbudgets. Trotz grundsätzlichem Verständnis für das Anliegen empfiehlt die SN-Redaktion die Volksinitiative zur Ablehnung. Sie schießt in verschiedener Hinsicht übers Ziel hinaus.

Bringt es für eine gut funktionierende Demokratie auf Kantons- und Gemeindeebene den notwendigen Erkenntnisgewinn, wenn man über fast jeden Franken Bescheid weiss, den Privatpersonen oder auch Organisationen aus eigenem Sack an die Partei, das Anliegen oder den Kandidaten ihrer Wahl spenden? Oder würde das einfach die Neugier befriedigen – zumal der politischen Kontrahenten? Geldspenden fliessen bei Abstimmungs- und Wahlkämpfen meist in Flyer, Plakate und Inserate – also in Werbung. Die Annahme, dass vor allem die Höhe der Werbemittel für den Erfolg von Kampagnen oder Kandidaten entscheidend sein soll, ist realitätsfremd. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Stimmbür-

ger mündig sind, sich ihre Meinung anhand der politischen Debatten zu bilden, die primär mit Argumenten im öffentlichen Diskurs stattfinden.

Zu Problemen auf kommunaler Ebene würde die von der Initiative geforderte Offenlegungspflicht von Interessenbindungen bei Wahlen führen: «Wilde» Kandidaturen würden so praktisch verunmöglicht und die Milizdemokratie auf der untersten Staatsebene geschwächt. Recherchen zeigen ausserdem, dass das Interesse der Bürger an öffentlichen Spendenregistern in jenen Kantonen, die kantonale Transparenzregeln bereits kennen, gering ist. Im Vergleich zu diesen Kantonen geht die Initiative sogar noch weiter, indem Spenden von juristischen Personen bereits ab einem Franken angegeben werden müssten.

Die neuen Regeln zu umgehen wäre relativ einfach, der Kanton wäre aber verpflichtet, einen beträchtlichen Kontroll- und Sanktionsapparat aufzuziehen, um die geforderte Transparenz nach dem Buchstaben der Initiative sicherzustellen. Das ist viel Aufwand für (zu) geringen Nutzen.

Ein Goal für den Breitensport

6,31 Millionen Franken will die Stadt in die Sportanlage Schweizersbild investieren. Die Aufwertung ist richtig, weil sie dem Breitensport zugutekommt.

Von Isabel Heusser

Die Infrastruktur der Sportanlage Schweizersbild ist teilweise veraltet und nicht genügend ausgelastet. Für drei Fussballplätze stehen lediglich zwei Doppelgarderoben zur Verfügung, die jeweils einen gemeinsamen Duschraum haben. Die Plätze selbst können besonders im Winter nur wenige Stunden pro Woche genutzt werden, da die Noppenschuhe der Spieler dem Rasen schaden. Nun will der Stadtrat die Sportanlage für 6,31 Millionen Franken aufwerten. Der grösste Teil der Kosten (3,64 Millionen Franken) entfällt auf ein neues Garderobengebäude, das anstelle der heutigen Baracke des Sporting Clubs gebaut wird. Weiter ist ein Kunstrasen (1,4 Millionen Franken) vorgesehen, der wegen seiner Robustheit auch im Winter genutzt werden kann. Zum Projekt gehören ausserdem ein Spielplatz, ein Beachvolleyballfeld sowie eine Finnenbahn an der Nordseite der Anlage. Just diese Finnenbahn sorgte kürzlich für Kritik. Denn die Fläche, wo sie gebaut werden soll, dient den Pferden der Reitschule Sesa Horses heute als Weideland. Die Betreiber be-

fürchten, dass sie ihre Reitschule aufgeben müssten, wenn die Weiden wegfallen, haben aber auch erklärt, womöglich ein alternatives Grundstück für Weiden gefunden zu haben. Die unsichere Situation für die Reitschule ist unschön. Da sich die Weiden jedoch in der Zone für öffentliche Bauten und Grünflächen befinden, mussten die Betreiber damit rechnen, dass die Stadt das Land dereinst anderweitig nutzen will. Der Stadtrat plant ausserdem, die Finnenbahn in der letzten Bauetappe zu erstellen – so sollte der Reitschule genügend Zeit bleiben, Alternativen zu suchen.

Über sechs Millionen Franken für eine Quartier-Sportanlage sind eine stolze Summe. Dennoch empfehlen die SN, die Vorlage anzunehmen. Die heutige Infrastruktur ist ungenügend und verdient eine Aufwertung. Positiv ist auch, dass der Stadtrat einen möglichst umweltverträglichen Kunstrasen, also eher ohne Plastikgranulat, erstellen will. Vor allem aber kommt die Investition den vielen fussballbegeisterten Kindern und Jugendlichen zugute, welche die Anlage nutzen.

Parteien Abstimmungsempfehlungen für den Urnengang vom 9. Februar

	AL	Juso	SP	EVP	Grüne	GLP	CVP	FDP	Jungfreisinn	EDU	Junge SVP	SVP
Eidgenössisch												
«Mehr bezahlbare Wohnungen»	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Ausweitung Anti-Rassismus-Strafnorm	Ja	Ja	Ja	Stimmfreigabe	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
Kanton Schaffhausen												
Transparenz-Initiative	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Stadt Schaffhausen												
Aufwertung Sportanlage Schweizersbild	Ja	Ja	Ja	Ja	Stimmfreigabe	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Stimmfreigabe	Ja
Ersatzwahl Stadtschulrat	W. Bächtold	W. Bächtold	W. Bächtold	W. Bächtold	W. Bächtold	W. Bächtold	W. Bächtold	R. Saurer	Stimmfreigabe	R. Saurer	R. Saurer	R. Saurer